

Die Emscher-Werkstatt zeigt ihre Wirkung.

Das Sozialwerk St. Georg hat den Social Return on Investment einer Werkstatt für Behinderte berechnet.

Sind Sozialunternehmen wertschöpfend tätig oder sind sie vor allem ein Kostenfaktor für die Öffentliche Hand? Allein diese Frage zu stellen mag befremden. Selbstverständlich sind soziale Dienstleister in erster Linie Ausdruck eines sozialen Bedarfs.

Den Wert einer sozialen Dienstleistung an seiner Rentabilität zu messen, hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn es ist das Wesen einer sozialpolitischen Intervention, etwas Fehlendes auszugleichen; beispielsweise, indem man öffentliche Mittel einsetzt, um behinderten Menschen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen. Dennoch geht es an der Realität vorbei zu glauben, jeder Euro, mit dem eine soziale Einrichtung bezuschusst wird, sei „verbraucht“. Bei der Diskussion um Budgets geraten zwei Dinge oft in Vergessenheit.

Soziale Organisationen sind Wirtschaftsbetriebe

Erstens: Soziale Unternehmen sind nicht nur „sozial“, sondern eben auch „Unternehmen“. Sie bieten sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Soziale Unternehmen zahlen Steuern und Abgaben und sind Endabnehmer für alle möglichen Wirtschaftsgüter aus der Region. Sie schaffen also regional Nachfrage und stoßen die Produktion von Mehrwert an.

Die *zweite* Perspektive, die in Haushaltsdebatten oft wenig beachtet wird, ist die Frage nach den Kosten für die Alternativen. Was wäre denn, wenn es eine konkrete Einrichtung mit ihrem Leistungsangebot bzw. dieses Leistungsangebot nicht gäbe? Wie hoch

wären die Kosten dann für die öffentliche Hand, also die Gesellschaft im Allgemeinen und die verschiedenen Kostenträger im Speziellen?

Die eine Hand gibt und die andere Hand nimmt

Es überrascht nicht, dass es die beiden Perspektiven im sozialpolitischen Alltag schwer haben. Denn die Geldströme, die *in* ein Sozialunternehmen fließen, sind über Entgeltzahlungen, Kostenübernahmen und größere Zuschüsse meist leicht auszumachen. Doch Rückflüsse in Form von Steuern, Abgaben oder induzierten wirtschaftlichen Effekten kommen oft auf Umwegen und meist an anderer Stelle der öffentlichen Hand an. Bildlich gesprochen gibt die eine Hand, und die andere Hand nimmt. Doch mit etwas Akribie lässt sich auch diese Umverteilung zwischen Region und Bund abbilden.

Die zweite Perspektive existiert eher als ein diffuses Gefühl für das Ausmaß der gesellschaftlichen Kosten, die entstünden, gäbe es eine soziale Dienstleistung in der einen oder anderen Form nicht. Und es scheint zunächst, als müsste es ein gefühlter Aufwand bleiben, der in der Argumentation leicht für oder gegen eine Maßnahme ausschlagen kann, weil eine genauere Kalkulation an zu vielen Unbekannten scheitern müsse. Doch auch hier lassen sich die finanziellen Dimensionen darstellen. Dies geschieht auf der Basis empirischer Daten und klaren Entscheidungen darüber, was noch zum betrachteten Gegenstand gehört und was nicht, ergänzt durch begründete und pragmatische Schätzungen dort, wo keine empirischen Daten vorliegen oder nur aufwändig zu erheben sind.

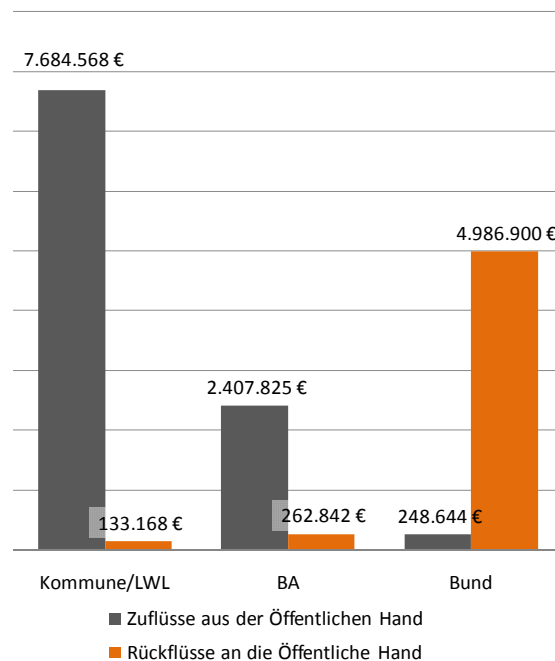
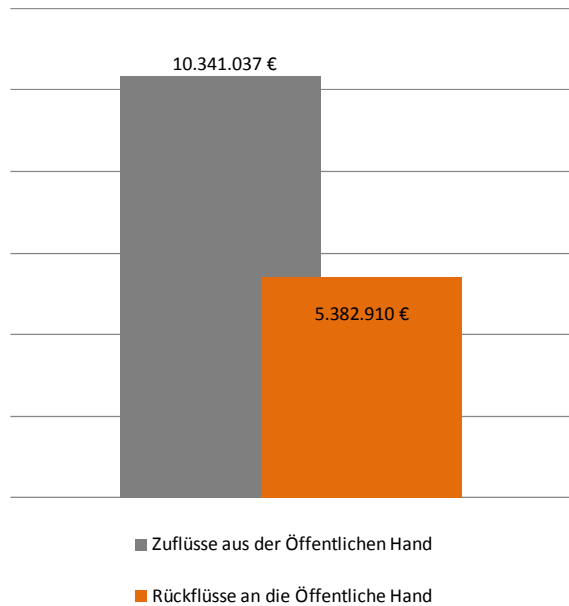


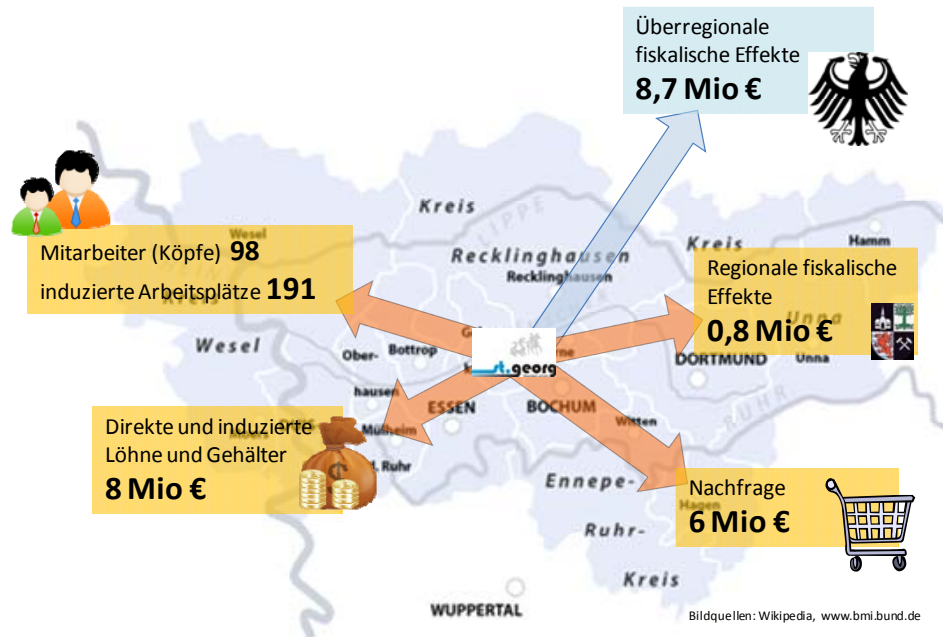
Von jedem investierten Euro erhält die Öffentliche Hand 52 Cent zurück

Die vorliegende Übersicht konzentriert sich auf die erste Perspektive und fasst die Wirkung der Emscher-Werkstatt auf die Öffentliche Hand und auf die regionale Wirtschaft im Jahr 2009 zusammen. Zunächst geht es um die Frage: Wie hoch ist der Anteil der Öffentlichen Gelder, den die Emscher-Werkstatt direkt wieder zurückzahlt?

Die Werkstatt erhält Entgelte, Investitionszuschüsse, Erstattungen für Sozialversicherungsbeiträge für die behinderten Beschäftigten und Lohnkostenzuschüsse (unter anderem für Zivildienstleistende) in Höhe von über **10 Millionen Euro**. Fast drei Viertel davon kommen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, knapp ein Viertel von der Bundesagentur für Arbeit und der kleine Rest rechnerisch vom Fiskus auf Bundesebene (Vorsteuerabzug). Doch nicht jeder Euro wird durch die Werkstatt *verbraucht*. Über **5 Millionen Euro**, also mehr als die Hälfte (52 Prozent) der eingesetzten öffentlichen Gelder, fließen wieder zurück. Dies geschieht in Form von abgeführten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für die eigenen Mitarbeiter und die Werkstattbeschäftigten.

Betrachtet man differenzierter, aus welcher Quelle die Zuflüsse stammen und welche Kasse die Rückflüsse einnimmt, zeigt sich deutlich: Zwar kommt der größte Teil der öffentlichen Finanzierung der Werkstatt vom Landschaftsverband. Doch nehmen der Bund bzw. die Sozialversicherungen auf Bundesebene nahezu die gesamten Rückflüsse ein.





Für die regionale Wirtschaft erzeugt die Emscher-Werkstatt eine Wirkung in Höhe von 15 Millionen Euro

Bisher haben wir nur die direkte finanzielle Wirkung betrachtet, die durch die Arbeit der Emscher-Werkstatt für die öffentliche Hand entsteht. Aber die Kommune und die überregionale Öffentliche Hand profitieren auch indirekt von der Wertschöpfung der Werkstatt: Es entsteht neben der direkten Nachfrage nach Sach- und Dienstleistungen in der Region auch eine indirekte Nachfrage. Denn die 98 Mitarbeiter und 530 behinderten Beschäftigten geben einen Teil ihres **Einkommens von 4 Millionen Euro** in der Region aus. Diese Nachfrage und die Nachfrage durch die Werkstatt schaffen bzw. erhalten Arbeitsplätze vor Ort, deren Inhaber wiederum einen Teil ihrer Einkommen ausgeben.

Dieses Projekt wurde durchgeführt von:

xit GmbH forschen. planen. beraten
www.xit-online.de

Prof. Dr. Klaus Schellberg
Dr. Britta Wagner
Tobias Braun

Aus den Daten der Emscher-Werkstatt lassen sich in Verbindung mit der Konsum- und Lohnquote der öffentlichen Statistik diese induzierten Effekte bezüglich Beschäftigung und Nachfrage bestimmen.

So **entstehen indirekt 191 Arbeitsplätze**, die Einkommen in Höhe von weiteren fast 4 Millionen Euro erzielen. Außerdem kann man von einer indirekt erzeugten **Nachfrage von 3,6 Millionen Euro** ausgehen. Aus der Beschäftigung und Nachfrage entstehen wiederum **Steuern und Versicherungsbeiträge in Höhe von gut 2,9 Millionen Euro**, davon erhält die regionale Öffentliche Hand 143.000 Euro, die überregionalen Kassen 2,8 Millionen Euro.

Nehmen wir nun an, dass von den insgesamt 289 Beschäftigten (ohne die behinderten Beschäftigten), die direkt oder indirekt an die Emscher-Werkstatt gebunden sind, ein Drittel längere Zeit arbeitslos bliebe, gäbe es die Emscher-Werkstatt nicht. Dann spart die Kommune derzeit alleine durch **nicht anfallende Wohngeldzahlungen 480.000 Euro**. Für die Bundesagentur für Arbeit vermeidet die Emscher-Werkstatt auf diese Weise **740.000 Euro an Arbeitslosengeld-II-Zahlungen**.

